

Falls sie den folgenden Brief mit unterzeichnen wollen, schreiben sie bitte eine Email an inizivi@gmx.de. Vielen Dank!

OFFENER BRIEF
an
Kreisverwaltungsfererent Blume-Beyerle
Oberbürgermeister Dieter Reiter
Polizeivizechef Robert Kopp

München, am 06.08.14

Sehr geehrte Herren!

Heute, am 06.08.14 stellte der Münchner Kreisverwaltungsfererent Dr. Blume-Beyerle gemeinsam mit dem Polizeivizechef Robert Kopp die neue Allgemeinverfügung des KVR, die sogenanntes „gewerbsmäßiges oder auch aggressives Betteln“ innerhalb des Altstadttrings sowie im südlichen Bahnhofsviertel verbietet, vor. Auf sozialpolitische Herausforderungen wird einmal mehr mit ordnungspolitischen Maßnahmen reagiert.

Wir halten das für falsch und lehnen eine solche Vorgehensweise daher ab.

Das Verbot von sogenanntem „gewerbsmäßigem“ Betteln, dessen Definition schon höchst problematisch ist, richtet sich gezielt gegen ost- und mitteleuropäische Migrant_innen, die das Bild einer sauberen, heilen Konsumwelt stören mögen, aber letztlich nur aus mangelnden Alternativen um finanzielle Unterstützung bitten. Die Unterscheidung zwischen „anständigen“ und „organisierten“ Bettler_innen verkennt die Natur des Bettelns. Denn gebettelt wird aus Not und nicht aus Spaß oder weil es so lukrativ wäre.

Obskure Zusammenhänge stellt die Polizei auf, wenn sie ihre Hinweise auf die „Bettel-Mafia“ aufzählt: Eine gemeinsame Herkunft mehrerer Bettelnder, eine gemeinsame Reise, sogar in Bussen – aber ohne jegliche Hinweise auf Zwänge. Verdächtig mache sich auch, wer erbetteltes Geld an andere Personen abgibt. Dies sind real oft Angehörige. Es handelt sich um eine Praxis, die die Polizei selbst notwendig macht, indem sie – nicht die „Bettel-Mafia“ – droht, das erbettelte Geld zu entwenden. Auch ein Hinweis auf „Schlepper“ entbehrt jeder Grundlage: Wieso sollte jemand eine_n Schlepper_in bezahlen, wenn die Busreise aus Rumänien zwi-

schen 50 und 80 Euro kostet und keine Grenzkontrollen zu überwinden sind?

Wir sprechen uns hiermit **gegen jegliche Bettelverbote** aus.

Es ist höchst bedenklich, wenn bettelnde Menschen durch ein Zusammenspiel von Medien und Politik zum Feindbild erklärt, als kriminelle Banden diffamiert und gleichzeitig die sozialen Hintergründe des Bettelns ausgeblendet werden.

Das Ergebnis ist eine gesellschaftspolitisches Desaster für München und das Zustandekommen dieser Entscheidung über die Köpfe der gewählten Stadträtinnen und Stadträte hinweg ohne gründliche Debatte und Einbeziehung von Expert_innen ein Armutszeugnis für die Stadtpolitik der „Weltstadt mit Herz“.

Deshalb haben wir, untenstehende Unterzeichner_innen, uns dazu entschlossen diesen offenen Brief mit einem Appell für Vernunft und Menschlichkeit zu veröffentlichen.

Wir appellieren an alle Beteiligten mit dem Thema Betteln in einer fairen und sensiblen Weise umzugehen und auf menschenunwürdige und hetzerische Darstellungen zu verzichten.

Wir appellieren an die Medien auf verkürzte, einseitige und unwahre, von Vorurteilen geleitete, Berichte zu verzichten, die beispielsweise bettelnde Menschen in die Nähe von kriminellen Vereinigungen rücken und verlangen eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema.

Wir appellieren an die Politik, nicht Ressentiments zu schüren, sondern in Anknüpfung an soziale und demokratische Ansprüche in verantwortungsvoller Weise, für ein friedliches und respektvolles Zusammenleben zu sorgen und ihrer sozialen Verantwortung nachzukommen, indem eine grundlegende Unterstützung für Notleidende angeboten wird, egal woher sie kommen.

Es ist Zeit einen neuen Weg zu beschreiten. Stellen wir uns den Herausforderungen, ziehen wir alle zu Rate, die sich mit dem Thema auskennen und entwickeln wir gemeinsam Lösungen – gemeinsam mit den Betroffenen.

Handeln wir gegen Armut und nicht gegen Arme.

Mit freundlichen Grüßen und in Erwartung einer baldigen Antwort,

Netzwerk gegen Bettelverbote

Initiative Zivilcourage